

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

297 (29.6.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 29. Juni 1932.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Schöner
: Verantwortlich: R. Wolff
: Dr. H. Mayer: für politische Nachrichten;
: i. V. Dr. E. Schenck: für Kommunal-
: politik; A. Binder: für Lokales und Sport;
: H. Bolderauer: für das Feuilleton;
: M. Böhm: für Ober- und Kommerz;
: Ehrh. Gerke: für den Handelsteil;
: Fritz Feld: für die Anzeigen; Ludwig
: Meißel: alle in Karlsruhe (Baden).
: Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.
: Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
: Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
: Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe
: Nr. 8359. — Beilagen: Wolf und
: Seimel / Literarische Umschau / Roman-
: zeitschrift / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
: Reichs- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft-
: Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung

12,1 Milliarden Reichsschulden

U. Berlin, 28. Juni. Der Reichstag erledigte am Dienstag in einer Volltagung den Reichshaushaltsplan für 1932. Der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Bredt, wies darauf hin, daß der Fehlbetrag aller Vorjahre jetzt mit insgesamt 1690 Millionen RM in einer Summe ausgewiesen werde. Diese Entwicklung der Fehlbeträge brauche in einer solchen Krisenzeit nicht zu erschrecken, falls für die Zukunft eine gesunde Entwicklung gesichert wäre. Das sei aber leider trotz aller Sparmaßnahmen noch nicht der Fall. Die fundierte Reichsschuld habe Ende März 10,4 Milliarden betragen einschließlich von 257 Millionen Schatzanweisungen für die Sanierung der Banken. Hinzu treten noch rund 1,7 Milliarden Schulden, so daß die Reichsschulden zusammen 12,1 Milliarden betragen hätten. Weitere große Schulden in Milliardenhöhe habe das Reich außerdem an die Länder, namentlich die Uebernahme der Eisenbahnen. Die vom Reich übernommenen Vermögensgegenstände beliefen sich auf 1,5 Milliarden oder rund 880 Millionen mehr als im Oktober 1930.

Der Berichterstatter erteilte dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen an den französischen Ministerpräsidenten Herriot eine Antwort, indem er erklärte: „Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, die auch in Lausanne bereiten Ausbruch gefunden hat, daß unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine bevorzugte Stellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten. Das ist leider ein Irrtum. Unsere inneren Kriegsschulden und Vorkriegsschulden waren ebenso hoch und höher als die Englands und Frankreichs. Weit mehr als 10 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergeschlagen worden. Glaubt denn irgend jemand in der Welt, daß ein Staat oder Volk durch einen solchen Vorgang den lieben Gott um die Kriegskosten betrogen hätte? Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Bevölkerung finanziell verarmt. Diese Verarmung geht leider noch erheblich über die unmittelbare finanzielle Wirkung hinaus, weil sie andere Werte mitgerissen hat; denn die großen Objekte, die keinen internationalen Wert haben, namentlich Grundstücke, sind infolge der Verarmung und der Kapitalnot nur noch zu geringen Preisen veräußert, also entwertet.“

Ein beträchtlicher Teil der Zinslasten geht außerdem in Form der steigenden Währungsverlusten wieder in Deutschland zu. Daher wies er die umgehende Ansicht vor, daß wir bessere Wettbewerber wären, wenn wir unsere inneren Schulden weniger rüchlos gelöst hätten. Das geschieht nicht aus schlechtem Willen, sondern aus Zahlungsunfähigkeit, da wir nicht in der Lage waren, wie in England, mehr als 40 v. H. oder wie in Frankreich, mehr als ein Viertel der Steuereinnahmen den inneren Gläubigern zuzuführen. Es wäre, deutlich gesagt, der innere Bankrott infolge des Krieges und des diktierten Verjaerer Vertrages.

Tatsächlich hat Deutschland seinen äußeren Gläubigern 6 bis 8 mal so viel bezahlt wie seinen inneren Gläubigern.

Der Berichterstatter wandte sich dann den Ersparnissen im Haushalt zu. Er betonte, daß für die engeren Aufgaben des Reiches knapp zwei Milliarden verblieben. Sie verteilten sich mit 744 Millionen auf die neue Wehrmacht, mit 934 Millionen auf so-

ziale Zwecke, mit 272 Millionen auf wirtschaftliche Zwecke, mit 40 Millionen auf das Auswärtige und mit 28 Millionen auf kulturelle Zwecke. Die restlichen 87 Millionen auf alle übrigen Ausgaben, Ministerien, Parlament, Statistik, Pensionen usw. Hiervon sei ein Kaufsalabzug von insgesamt 110 Millionen gemacht, so daß es bei den Sachausgaben des Reiches bei einer Gesamtsumme von 1995 Millionen sein Bewenden haben müsse.

Damit bleibe dem Reich für seine engeren Aufgaben zusammen weniger als Frankreich, England oder Amerika, jedes allein für die Wehrmacht ausgeben.

Bei einer Betrachtung der Einnahmen des Reiches, die für 1932 mit 8,172 Milliarden veranschlagt sind, betonte der Berichterstatter, daß die Steuern trotz der inzwischen neu eingeführten Einnahmen ein Viertel unter dem Höchststand von 1928 blieben und ungefähr den Betrag von 1926 ergäben. Die Zölle und Verbrauchsabgaben sollten die Einnahmen von 1926 zwar übersteigen, würden aber trotz Erhöhung von Zöllen, trotz Einführung von Bier- und Tabaksteuer, Verdoppelung der Zuckersteuer und Einführung der Salzsteuer um etwa ein Viertel hinter denen von 1930 und 1928 zurückbleiben.

Wesentlich schlimmer hätten sich noch die Einnahmen der Länder und Gemeinden entwickelt. Die Steuererträge des Reiches bei der Umfassung seien für die letzten 200 Millionen äußerst zweifelhaft. Auch bei der Lohnsteuer und anderen Steuern verdienete die Schätzung ein Fragezeichen, so daß insgesamt mit 200 bis 300 Millionen der geschätzten Einnahmen bei gleichbleibender Gesamtlage nicht gerechnet werden könne. Die Reichsregierung sei sich dieser Gefahrenpunkte durchaus bewußt. Hinzu komme, daß weitere Ausgaben auf verschiedenen Gebieten zu erwarten seien und daß, wenn die unbedingt erforderliche Arbeitsbeschaffung jetzt zum Teil im Kreditwege finanziert werde, im kommenden Jahre höhere Beträge zur Rückzahlung benötigt würden. Das Bedenkliche an diesem Zustand sei, daß höhere oder neuere Ausgaben auch für den schlimmsten Fall kaum mehr in Reserve ständen. Der Berichterstatter betonte weiter, daß Preußen angeht die entscheidende Rolle, die für die öffentlichen Finanzen die Unterbringung der Arbeitslosen spiele, als Material einen Antrag überreicht habe, in dem es u. a. heißt: Die Verwendung von mehr als drei Milliarden Reichsmark jährlich zur Auszahlung von Unterstützungen an Arbeitslose ohne Schaffung wirtschaftlicher Werte belastet die deutsche Gesamtwirtschaft in einer die Existenz des Reiches gefährdenden Weise. Durch Senkung der Unterstützungssätze kann eine entscheidende Verminderung dieser hohen Ausgaben nicht erzielt werden. Die Reichsregierung wird daher ersucht, um eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Kürzung der Arbeitszeit bemüht zu sein, und zwar unter Rückführung der Arbeitslosen auf die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze, sowie ferner die dadurch freiwerdenden Mittel zu zusätzlicher Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Der Berichterstatter betonte weiter, daß die Ausschüsse grundsätzlich alle neuen Mittel gekürzt hätten. Ausnahmen seien u. a. nur für den erforderlich gewordenen Straffinat des Reichsgerichts gemacht worden.

Der Reichstag genehmigte nach weiteren Ausführungen des Generalberichterstatters schließlich den Haushaltsplan für 1932.

Bilanz einer Korruption.

8 1/2 Monate hat der Prozeß gegen die beiden Brüder Sklarek und die Mitangeklagten gedauert. Eine Flut von Aktenbänden ist gewälzt worden. Es gab heftige Zusammenstöße zwischen den Verteidigern, dem Gericht und den Angeklagten. Im Hintergrund der Verhandlung standen tragische Ereignisse, wie der Selbstmord des Zeugen Schünning, dessen Verteidigung ausgelegt wurde, und der bei seiner Vernehmung eine mehr als flehentliche Rolle gespielt hat, der sich bei seinen Aussagen wand, um sich nicht zu belästigen, und der, Generaldirektor einer der größten Gesellschaften Berlins, der Behala, völlig zusammenbrach. Zehn Tage nach Vernehmung hat Schünning, der sich vom einfachen Hafenarbeiter bis zu seinem hohen Posten emporgearbeitet hat, den Freitod gewählt, wie auch ein Verteidiger der Angeklagten. Aber noch andere Schicksale erfüllten sich im Sklarek-Prozeß. Der Direktor der BSB, Brodat, ist ebenfalls heftig angegriffen worden und sah sich gezwungen, von seinem Posten zurückzutreten, bis die Affäre genügend geklärt ist. Kobuski als Schünning, verzichtete er nicht auf Verteidigung, sondern ging sogar zum Gegenangriff über.

Es haben Personen im Prozeß gefehlt, die vielleicht entscheidende Aussagen machen konnten. Kieburg, der erste Direktor der BSB, der, wie die Sklareks behaupteten, ihr großes Unglück war, und der das System der Befestigung der Beamten der Stadt einführte, war bereits bei der Eröffnung des Prozesses tot, ebenso der Stadtverordnete Schallbach. Noch einmal tauchte — schon fast aus der Vergessenheit — der Oberbürgermeister a. D. von Berlin, Böhm, auf. Man attestierte ihm vielleicht eine weiße Weste, aber das Urteil über seine Fähigkeiten zur Bekleidung des ihm anvertrauten hohen, verantwortlichen Postens war verneinend.

Wenn man den Angaben der Brüder Sklarek trauen will, fehlte die Hauptperson des Stückes, das in Moabit agiert wurde, Max Sklarek. Es ist möglich, daß er mehr über die ungeklärten Zusammenhänge weiß als seine Brüder, die auf der Anklagebank saßen. Bis zum letzten Tage haben jedenfalls die Angeklagten an ihrer Auffassung festgehalten, daß ihr Bruder eine Art Uebermenschen sei. Dafür ist bezeichnend, daß sie Max Sklarek noch einen „Napoleon im Bett“ nannten. Was daran wahr ist, wer kann darüber ein Urteil fällen?

Die Affäre Sklarek hat bei ihrer Aufdeckung ungeheuren Staub aufgewirbelt. Sie führte zum Sturz des Oberbürgermeisters Böhm, dessen triumphale Amerikareise in einem schiefen Wühlklang endete. Ungeheuerliche Zustände, die schon seit Jahren in der Berliner Stadtverwaltung eingerissen waren, sind aufgedeckt worden. Der Ausspruch, die Sklareks hätten die Stadt Berlin in der Tasche, ist rein wörtlich zu nehmen und entspricht völlig den Tatsachen. Wegen der Größe der Verfehlungen konnte ein mildes Urteil für alle Angeklagten nicht in Frage kommen; denn schließlich darf man nicht vergessen, daß an Beamte noch viel höhere Ansprüche in Bezug auf Ehrbegriff und Anständigkeitsgefühl gestellt werden müssen als an jeden anderen. Ist es wirklich eine Entschuldigung für sie, daß die Sklareks mit psychologischem Verständnis ein richtiggehendes Befestigungssystem aufgebaut hatten, durch das sie jeden individuell behandelten? Der eine bekam Freikarten für ein Theater, der andere ein kleines Häuschen, ein dritter wurde mit einer Jagdeinladung beehrt. Für viele genügte es, Anzüge billiger zu bekommen, andere belamen ein weites Herz infolge Teilnahme an Sektgelagen, wieder andere beteiligten sich mit Gewinn an Kennweihen, während sie von Verlusten nichts wissen wollten. Jeden nach seinem Maß, jeden nach seinen Kosten, das war das Geheimnis des Befestigungssystems der Sklareks. Und es bleibt ein erschütterndes Zeichen der Zeit, daß alle den Sklareks ihre Arbeit so leicht gemacht haben. Sie wurden nicht allein bestochen, nein, sie drängten sich gerade dazu, von den Sklareks Geschenke und Vorteile aller Art anzunehmen. Dieser Prozeß hat, wenn er auch um fast drei Jahre zu spät stattfand, wenigstens das Gute gehabt, daß gründlich — vielleicht noch nicht einmal gründlich genug — in die Verhältnisse der Berliner Stadtverwaltung hineingeleuchtet ist, so daß endlich das große Aufräumen einsetzen konnte.

8 1/2 Monate hat der Prozeß gedauert, für den als Höchstmaß ursprünglich eine Zeit von drei Monaten festgesetzt worden war. Die erste Verhandlung begann am 13. Oktober v. J. Das Urteil wurde am 28. Juni gefällt. Die reinen Gerichtskosten dürften sich auf mindestens 30 000 Mark belaufen haben. Darüber hinaus aber sind gewaltige Summen ausgegeben worden, und zwar sowohl für die Verteidiger der Angeklagten wie jene indirekten Kosten, die nicht in Erscheinung treten und die doch ganz erheblich sind, die Bezahlung dieses gesamten Gerichtsapparates, da die für diesen Prozeß gebildete Strafkammer ja dreiviertel Jahr getagt hat und darüber hinaus hohe und niedrige richterliche Beamte weit über zwei Jahre mit der Affäre Sklarek beschäftigt waren. Was dieser Riesenaufwand nötig? Diese Frage muß verneint werden. Die Stadt Berlin hat durch das Wirken der Sklareks einen Verlust erlitten, der sich auf 10 bis 20 Millionen belaufen dürfte. Von diesem Geld war nichts mehr zu retten. Es war wirklich nicht so wesentlich, daß zahllose Einzelheiten, die für die Urteilsfindung von ganz untergeordneter Rolle waren, in breiter Weise behandelt worden sind. Hier zeigte sich ein empfindlicher Fehler der Neuregelung des Instanzenzuges für Strafprozesse, die gerade mit Rücksicht auf den Sklarek-Prozeß die sogenannte „lex Sklarek“ getauft worden ist. Da es keine Berufung mehr gibt, ist es den Angeklagten nicht zu verübeln — wie man auch zu ihnen stehen mag —, wenn sie alles für sie entlastende Material herbeizuschaffen suchten, da es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Revision nicht mehr angeführt werden kann. Dadurch ist der Prozeß maßlos in die Länge gezogen worden, ganz abgesehen davon, daß infolge des trübsinnigen Zustands einer Reihe von Angeklagten zum Schluß nur noch an drei Tagen in der Woche verhandelt werden konnte.

Dem Urteil über die Angeklagten ist nichts hinzuzufügen, weil hierfür nur eine einzige Instanz zuständig ist, das Gericht selbst, das allein in dreivierteljähriger Verhandlung einen absoluten Eindruck über die Straftaten der Angeklagten bekommen hat. Eine gewisse Ueberbahrung hat es hervorgerufen, daß sich keiner der Angeklagten voll zu seinen Verfehlungen bekannte und daß sie alle bis zum letzten Augenblick den Eindruck erweckten wollten, als seien sie unschuldig oder fast nicht schuldig. Die Brüder Willy und Leo Sklarek verzichteten darzutun, daß sie nur eine untergeordnete Rolle gespielt

Ist Lausanne gescheitert?

Abgabe geplanter deutsch-französischer Besprechungen / Die Gegenätze bleiben.

Sp. Lausanne, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht der Bad. Presse.) Die deutsch-französisch-englische Sechser-Besprechung dauerte bis kurz 2 Uhr mittags. Wie verlautet, sind die Besprechungen in den Gedankengängen verlaufen, die aus der deutschen Fassung und aus dem italienischen Memorandum herrühren. Dabei scheitern, wie immer wieder, Schwierigkeiten aufgetaucht zu sein, die aus der gegenseitigen finanziellen Verpflichtung der einzelnen Gläubigerstaaten sich ergeben und deren Ausgleich die Gläubiger Deutschlands zuzuschreiben versuchen.

Die Nachmittagsbesprechungen dauerten von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends. Nach ihrem Abschluß wurde mitgeteilt, daß am Mittwoch normiert Einzelbesprechungen zwischen dem deutschen Finanzminister Graf Schwerin-Kosigk und dem französischen Finanzminister Germain-Martin, sowie zwischen Reichsminister von Papen und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot stattfinden würden. Am Nachmittag ist eine Sitzung der sechs einladenden Mächte vorgesehen.

Die ursprünglich für Mittwoch vormittag einberufene deutsch-französisch-englische Besprechung ist anscheinend auf Grund völlig negativen Ergebnisses der Besprechungen am Dienstag abgesetzt worden. In der Sitzung der einladenden sechs Mächte am Mittwoch wird der Präsident der Konferenz, Macdonald, lediglich einen allgemeinen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Konferenz erstatten.

In maßgebenden französischen Kreisen erklärte man am Dienstag abend, daß in den Besprechungen der drei Mächte die Unstimmigkeit weiterer Verhandlungen festgestellt worden sei. Wegen der Formalitäten der äußeren Weiterführung der Konferenz sollten die Verhandlungen noch bis Donnerstag geführt werden. Auf der deutschen Seite werden keinerlei Erklärungen über den gegenwärtigen Stand der Konferenz abgegeben. Jedoch wird festgestellt, daß eine Ueberbrückung der großen Gegensätze und eine Annäherung zwischen der deutschen und französischen Auffassung in keiner Weise erfolgt sei.

In allen Konferenzkreisen herrschte Dienstag abend eine ungenügende erste und gespannte Stimmung. Fest steht, daß die Dreimächte-Besprechung am Dienstag zu folgenden Feststellungen geführt hat. Auf der einen Seite steht die französische Forderung auf eine Restzahlung der deutschen Reichsschulden, auf der anderen Seite die einseitige deutsche Forderung auf völlige Streichung der Tribute. Jedoch haben

auch die Wirtschaftsfragen in diesen Aussprachen einen großen Raum eingenommen. Von französischer Seite sind weder Vorschläge gemacht noch ein fester Plan vorgelegt worden.

Gerichte, nach denen der Reichsminister und der Reichsfinanzminister am Donnerstag nach Berlin zurückkehren, werden auf deutscher Seite bisher nicht befristet. Herriot beabsichtigt am Donnerstag nach Paris zurückzukehren, um an einer Kabinettsitzung teilzunehmen.

Württemberg fügt sich.

U. Stuttgart, 28. Juni. Im Verlaufe der Landtagsitzung am Dienstag beantwortete Staatspräsident Dr. Bötz die große Anfrage der Nationalsozialisten bezüglich seiner Reise nach Berlin. Man habe, so erklärte er, in Württemberg befürchtet, daß Uebergriffe der Reichspolitik gegenüber den Ländern vorzunehmen könnten. Er sei überzeugt gewesen, daß es notwendig gewesen sei, diese Besorgnisse in Berlin vorzutragen.

Dazu habe ihn die Auffassung bewogen, daß die wirtschaftlichen Interessen Württembergs durch die Reichspolitik mehr als bisher benachteiligt würden. Ein weiterer Grund zu dem Vorstelligen werden in Berlin sei die Frage des S. W. Verbot's gewesen. Er habe den Reichspräsidenten gebeten, er möge das S. W. Verbot nicht aufheben, denn seit Jahren habe er, Dr. Bötz, den Standpunkt vertreten, daß das Uniformverbot der Verbände eine Gefahr für den Frieden bedeute.

Die gegenwärtige Reichspolitik halte er für falsch. Man berge sich aber den Bestimmungen, die vom Reich erlassen werden, und wolle nicht rebellieren. Man habe in Württemberg nie an ein einseitiges Uniformverbot gedacht, da ein solches vom Reich erlassen werden müßte. Bezüglich des Demonstrationsverbotes habe er bei der Besprechung zugesagt erhalten, daß bei Schwierigkeiten die Polizei die Möglichkeit eines Eingreifens haben solle. Wenn das Demonstrationsverbot jemals berechtigt gewesen sei, so sei das jetzt der Fall, nachdem die politischen Verhältnisse immer stärker gemachsen seien. Man habe keinen Grund, das Demonstrationsverbot aufzuheben. Die Behauptung, man verfolge im Süden separatistische Bestrebungen, sei allgemeine Unterstellung.

Zum Schluß betonte Dr. Bötz, man habe den Eindruck gehabt, daß die Reichsregierung Bedingungen eingegangen sei, die man der württembergischen Regierung auf schriftlichem Wege nicht habe mitteilen wollen. Im übrigen habe das württembergische Staatsministerium alles gebilligt, was er in Berlin vorgetragen habe.

Haben, wobei sie allerdings vielfach so weit gingen, daß ihre Aussagen einen leicht mährchenhaften Anstrich bekamen. Dies fiel besonders da auf, als sich herausstellte, daß Max Klarek ursprünglich gar nicht der leitende Geschäftsmann war, sondern von seinem Bruder Willy in das Geschäft aufgenommen worden ist. Auch die Verteidigung der Stadtbankdirektoren war wenig glücklich und überzeugend, wenn man bedenkt, welche unglaubliche Zustände zu einer Zeit eingerissen sind, als sie die verantwortlichen Leiter waren. Die Entschuldigung, sie hätten entweder von dem Geschäft nichts verstanden oder, wie es für Schmidt gilt, er sei nicht unterrichtet worden, war zu matt, als daß sie irgendwelchen Eindruck hinterlassen konnte.

Sächsischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

II. Dresden, 28. Juni. Im Sächsischen Landtag, in dem es am Dienstag wieder recht lebhaft zugegangen ist, wurde nach längerer Aussprache über den kommunistischen Antrag, der Reichsregierung das sächsische Mißtrauen des Sächsischen Landtags zu bekunden, abgestimmt. 44 Stimmen lauteten auf Ja, 27 auf Nein bei 8 Enthaltungen der Deutschnationalen. Die nationalsozialistische Fraktion blieb während der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaales. Der Antrag der Kommunisten ist demnach angenommen. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig genehmigt, der verlangt, bei der Reichsregierung und im Reichstag gegen die Notverordnung der Regierung von Papen Einspruch zu erheben mit dem Ziel, die Kürzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

Rosenberg war nicht in Paris.

II. München, 28. Juni. Bekanntlich hatte der Hauptchriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Alfred Rosenberg, eine Reihe von linksstehenden Blättern wegen ihrer Behauptung über einen Pariser Aufenthalt Rosenbergs während der Kriegszeit verklagt. Das Urteil lautet gegen die verantwortlichen Schriftleiter des „Berliner 12 Uhr-Blattes“, der „Leipziger Volkszeitung“, der Breslauer „Volkswacht für Schlesien“ und der „Berliner Volkszeitung“ auf je drei Monate Gefängnis, gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Münchener Post“ auf 600 Mark Geldstrafe. Das Gericht betonte, daß an sich nach der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 eine höhere Strafe zu verhängen gewesen wäre, daß aber der Vertreter des Privatklägers selbst auf drei Monate Gefängnis plädiert habe.

Feuer im Opernhaus Hannover.

II. Hannover, 28. Juni. Dienstag mittag kurz vor 14 Uhr brach im rechten Flügel des hiesigen Opernhauses ein größerer Brand aus. Die sofort erschienene Feuerwehr griff den Brand, dessen Herd sich anfangs wegen starker Rauchentwicklung nicht feststellen ließ, sofort an. Der Brand konnte dank dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht werden.

In den Zwischenstock des rechten Flügels gelegenen Gardeoberäumen für die Künstler war, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ein Brand entstanden, der in den dort lagernden Magazinabteilungen, Girlanden usw. reiche Nahrung fand. Die sofort verständigte Feuerwehr war in wenigen Minuten an Ort und Stelle und griff den Brand mit mehreren Motorspritzen und zahlreichen Schlauchleitungen an, so daß in kurzer Zeit der Brandherd abgegriffen und die Flamme erstickt werden konnten. Es wurden große Wassermengen in die Räume geworfen und damit die weitere Ausbreitung des Feuers verhindert. Der Schaden läßt sich noch nicht überschauen. Es handelt sich fast ausschließlich um Wasserschäden. Wegen der ungeheuren Qualmentwicklung mußten die Feuerwehrleute die Rauchhelme aufsetzen. Einige Leute wurden wegen Rauchvergiftung fortgetragen. Der Zuschauerraum und das Bühnenhaus des Theaters blieben von dem Feuer unberührt.

„Graf Zeppelin“ von der Schweizer Fahrt zurück

II. Friedrichshafen, 28. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ kehrte gegen 16 Uhr von der heutigen Schweizer Fahrt nach Friedrichshafen zurück. Mit Beendigung dieser 250. Fahrt hat das Luftschiff nunmehr insgesamt 420 000 Kilometer zurückgelegt.

Am Webstuhl der Forschung.

Unheimliche Boten aus fernen Welten.

Von

Ingenieur Arthur M. Fraedrich.

Anfang Juli wird Professor Piccard zum zweiten Male, und zwar diesmal zum dritten, aus in die höheren Schichten der Atmosphäre hinaufsteigen, denn noch ein großer Teil der gestellten Aufgabe, nämlich: Charakter und Herkunft einer geheimnisvollen Strahlentart festzustellen, ist beim ersten Aufstieg zu lösen übrig geblieben. Bekanntlich gibt es außer Licht- und Wärmestrahlen noch andere Arten von Strahlen, wie z. B. Röntgen-, Alpha-, Beta-, Gamma- und Kanalstrahlen, die durch ihre mehr oder weniger starke physiologischen Wirkungen und ihre Wellenlänge untereinander verschieden sind. Sie entstehen, wenn die kleinsten Teile der Materie, die Atome, in ihre Atome zerfallen, sich in sogenannte Protonen und Elektronen auflösen. Das beweist sehr deutlich der Zerfall des Radiums, wobei die Gammastrahlen — jene Strahlen, die der Medizin bei der Bekämpfung der gefährlichsten Krebskrankheit unschätzbare Dienste leisten — festgestellt werden können. Diese Gammastrahlen haben, wie der amerikanische Physiker Coolidge nachwies, die fabelhafte Energie in sich, eine Aluminiumplatte von 0.04 Millimeter Dicke zu durchstrahlen, und sind trotzdem 46 Zentimeter hinter dieser noch deutlich nachweisbar.

Über ähnliche Eigenschaften verfügen auch die anderen aufgezählten Strahlen, die ja entgegen denen des gewöhnlichen Lichts für das menschliche Auge unsichtbar sind. Die Strahlen aber, die das Interesse der Wissenschaft in so hohem Maße erregen, die, wie vermutet wird, aus dem dunklen Weltensraum zu uns gelangen und die Piccard hoch oben, wo sie im reinen Zustand sind, als hier unten am Grunde des Luftmeers, zum zweiten Male zu untersuchen sich ansetzt, sind noch bedeutend härter und durchdringungsfähiger. Sie verfügen über eine unwahrscheinlich kleine Wellenlänge von nur 0,000000004 — 0,000000007 Millimeter (gewöhnliche Lichtstrahlen haben eine solche von 0,0004 — 0,0008 Millimeter) und sind instabile, Kleiplatten von 180 Zentimeter Dicke zu durchdringen. Zudem können sie höchst schädliche biologische Wirkungen hervorrufen. Schon nach ein zehntel-stündlicher Bestrahlung mit diesen unheimlichen Strahlen treten an tierischen Geweben schwere Verbrennungserscheinungen auf und selbst die widerstandsfähigsten Keime werden augenblicklich getötet.

Diese gefährlichen Strahlen schwirren nun im Weltall umher, und niemand weiß, woher sie kommen. Längst hätten sie mit ihrer alles organische Gewebe zerstörenden Wirkung allem Leben auf der Erde den Garaus gemacht, wenn die weiße Vorhölle ihnen kein Hindernis gesetzt hätte, und zwar in Gestalt des Luftgürtels unseres Wohnplaneten. Die Vorhölle hat dafür gesorgt, daß diese Strahlen bei jedem Auftreffen auf die Moleküle der Atmosphäre „weicher“ werden, das heißt, sich in Strahlen größerer Wellenlänge ver-

Was will der Stahlhelm?

Franz Seidte im Rundfunk.

Am Dienstag abend sprach im Programm der Berliner Funkstunde der Gründer und erste Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Franz Seidte über den Stahlhelm und sein Vollen für Staat und Volk. Der Vortrag wurde von fast allen deutschen Sendegesellschaften übernommen. Einleitend betonte Seidte, daß er sich bewußt den 28. Juni ausgesucht habe, weil an diesem Tage der Tributvertrag von Versailles unterzeichnet wurde, der die Wurzel nicht nur des Unglücks von Deutschland, sondern der Krisis der ganzen Erde bedeutet. Der Stahlhelm hat von der ersten Stunde an diesen unmoralischen Vertrag bekämpft und wird ihn bekämpfen, solange er besteht, denn der Stahlhelm selbst ist der lebendige Protest gegen diese künstliche strangulierende Tributfessel. Die, die 1918 nach ihrem Umsturz Frieden, Freiheit und Brot versprochen, haben dieses nicht schaffen können. Elend, mit entsetzlichen Verlusten innen und außen ist ihr System zusammengebrochen. So wie das Kriegsergebnis aus dem deutschen Soldaten den Frontsoldaten schuf, so formte das schwere Nachkriegsergebnis den ehemaligen Frontsoldaten um zum bewußten Staatsbürger. Wer Freiheit für das Vaterland erkämpfen

will, muß selbst frei sein. Das Lebensrecht der Nation und der Kampf um die innere und äußere Freiheit Deutschlands bleibt der Kern des Stahlhelmsprogramms. Wir wollen nicht angreifen, wir wollen nur sichern, was uns gehört, und wir müssen wieder haben, was man uns frevelhaft genommen. Wir wollen keinen neuen Krieg, doch zwingt man uns zur Verteidigung des Vaterlandes, dann steht der Stahlhelmmann selbstverständlich jederzeit bereit. Stark können wir nur sein, wenn die Wurzeln unseres Geins und Weisens im Heimatboden liegen.

Deshalb stellen wir voran das Wiedererringen der deutschen Hoheitsrechte auf allen Gebieten innen und außen. Wir lehnen die Kriegsschuldtheorie und die unmoralischen Kriegskriegsleistungen als freie Männer ab. Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit und fordern als erstes die Arbeitsdienstpflicht als den ersten Grad der Hilfe. Wir fordern ein gesundes starkes Volk und darum Stärkung der Geister und der Körper im Wehrsport. In dem Staat sehen wir nicht ein Wohlfahrtsinstitut, wie er jahrzehntlang als Halbideal in den Köpfen spukte, sondern das überpersönliche Gemeinschaftsgut der Nation, an dem jeder Deutsche voll verantwortlich mitzuarbeiten und aufzubauen hat. Aus diesen Begriffen heraus konnte der Stahlhelm sich niemals einer Partei verschreiben und wird es auch in Zukunft nicht können. Er arbeitet gern mit allen nationalen Parteien und Gruppen zusammen, die das gleiche Ziel haben.

Urteilsbegründung im Sklarekprozeß.

Die Beurteilten legen Revision beim Reichsgericht ein.

§ Berlin, 28. Juni. In der Urteilsbegründung im Sklarek-Prozeß führte der Vorsitzende nach Verlesung der Strafmaße aus, daß im Sklarek-Prozeß die lange Verhandlungsdauer notwendig gewesen wäre, um die ganzen Vorgänge richtig nachprüfen zu können. Die Stadtbankdirektoren hätten sich verschwiegen und unbewußt offenbart, und so sei das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Stadtbankdirektoren von den Sklareks getäuscht worden seien. Von einem „Gemeinsame Sache-machen“ zwischen Stadtbankdirektoren und Sklareks könne keine Rede sein. Es sei ganz offenbar, daß die Sklareks keinen Anspruch auf Kredit gehabt hätten. Die Suche der Sklareks wäre lediglich gewesen, sich zu bereichern. Dies gelang ihnen, indem sie der Stadtbank wertlose Schecks in Höhe von 180 Millionen übergaben und der Stadtbank einen Umsatz vortäuschten, der nicht vorhanden war.

In der weiteren Begründung ging der Vorsitzende dann auf die Pflichtwidrigkeiten der einzelnen Beurteilten ein. Stadtbankdirektor Schmidt habe es in den letzten Tagen vor der Verhaftung der Sklareks, in denen man von den Unregelmäßigkeiten der Sklareks schon sprach, vorgezogen, auf der Sklarek-Jagd einen Hirsch zu schießen, statt in Berlin zu bleiben und die Stadtbank vor Verlusten zu retten. So könne nur ein Stadtbankdirektor handeln, der nichts aufdecken, sondern eine Aufdeckung verhüten wolle. Die Stadtbankdirektoren hätten zweifellos ihre mit den Sklareks getätigten Geschäfte nicht durchschaut. Dieses müßte ihnen aber in strafrechtlicher Hinsicht zugute gehalten werden, da sie in dem Glauben gewesen wären, daß die Stadtbank durch die Sklareks keine Schäden erleide, zumal sie die Sklareks für reiche, ehrenhafte Leute hielten, die mit namhaften Personen der Berliner Magistratsverwaltung befreundet waren.

Was das Strafmaß anbelange, so habe das Gericht ein gerechtes Urteil ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung fällen wollen. Dem Charakter und der Veranlagung der Sklareks nach, insbesondere in Bezug auf ihre vom Gericht erkannte Unaufrichtigkeit, vertritt das Gericht den Standpunkt, daß die Sklareks bei einer passenden Gelegenheit nicht davor zurückzukehren würden, ihre Straftaten zu wiederholen. Diese Anschauung gelte auch für die beurteilten Beamten. Daß die Sklareks noch nicht vorbestraft seien, könne auch als Zufall bezeichnet werden.

Was die Bestrafung der Beamten anbelange, so habe das Gericht keinen Unterschied zwischen den Berufsbeamten und den politischen Beamten gemacht. Den politischen Beamten müsse als mildernde Umstände zugute kommen, daß die oberste Spitze der Stadt Berlin ihnen nicht nur keine Anleitung gegeben hätte, sondern daß die oberste Spitze der Stadt Berlin diesen Beamten auch kein leuchtendes Beispiel gewesen sei.

Mildernde Umstände seien für die Sklareks nicht zu finden gewesen. Die Stadtbankdirektoren seien das Opfer ihrer geschäftlichen Eitelkeit geworden. Sie unterschieden sich lediglich von den Beamten, indem sie die Folgen ihrer Handlungsweise — nicht erkannt hätten. Bürgermeister Köhl habe den Grundstein zu dem Aufstieg der Sklareks gelegt und sich dann nicht geschämt, laufend Zuweisungen entgegenzunehmen. Bei Stadtrat Gabel sei die Handlungsweise infolge seiner Weltanschauung als besonders verwerflich zu bezeichnen.

Die Anträge der Staatsanwaltschaft auf Erlass von Haftbefehlen gegen die Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann, gegen den Buchhalter Lehmann und die Bürgermeister Köhl und Schneider lehnte das Gericht mit dem Hinweis ab, daß bei diesen kein Verdacht bestehe.

Die Verteidiger sämtlicher verurteilten Angeklagten im Sklarek-Prozeß haben gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Großfeuer in Skagen.

△ Kopenhagen, 28. Juni. Skagen wird seit heute morgen 7 Uhr von einem großen Brand heimgesucht, der in einer Fischkonservenfabrik am Hafen ausbrach. Die Lagergebäude der Konservenfabrik sind bereits vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehr von Frederikshagen wurde herbeigerufen, um gemeinsam mit der Skagener Feuerwehr das Feuer zu begrenzen. Die Konservenfabrik ist nicht mehr zu retten. Außerdem sind aber die Schiffswerften und der ganze Hafen von dem Feuer bedroht, ebenso die Willen am Hafen, da eine ziemlich starke Brise weht. Die Arbeiter der Schiffswerften beteiligen sich an den Löscharbeiten.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 29. Juni.

- Landestheater: Das Dreimäderlhaus, 20—22.45 Uhr.
- Stadtbank: Jagdmittagskonzert des Philharmon. Orchesters (Kapellmeister Volzsch), 16 bis 18.30 Uhr.
- Bad, Nächstviele — Konzerthaus: Die Fledermaus, 20.30 Uhr.
- Stadtbank: Restaurant: Tanz.
- H. Phönix: Wettspiel gegen H. Mühlburg, 19 Uhr.
- Kaffee-Bauer: Soubor-Konzert, 20.30 Uhr.
- Kaffee-Wirt: Gesellschaft-Tanz.
- Reif-Röwenkaden: Tanz.
- Weinhaus Jut: Militär-Kabarett.
- Reif-Röwenkaden: Konzert der Münchner Kapelle.
- Gloria-Ballet: Das Schicksal einer schönen Frau.
- Schauburg: Die Firma betriegt. — Die eiserne Maske.
- Kaffee-Wirt: Soubor acht los!
- Reif-Röwenkaden: Die Fünf von der Postbank.

Musiknotizen aus dem Elsaß.

Seit Albert F r i m m e r, der selbst aus der Dirigentenlaufbahn hervorgegangen ist, die Intendanz des Stadttheaters zu Straßburg übernommen hat, ist das Straßburger Musikleben mit aktiver Impulse erfüllt. Die Zusammenarbeit mit dem Stadttheater Freiburg i. Br. wird in der neuen Spielzeit noch weiter ausgebaut werden. U. a. wird der Freiburger Generalmusikdirektor Hugo Balzer (früher Düsseldorf) auch am Puls der Sinfoniekonzerte des Straßburger Orchesters erscheinen, um so den Gedanken der deutsch-elsässischen Kulturgemeinschaft nachdrücklich zu betonen.

Im Anschluß an den Straßburger Orgelfesttag trat in diesen Tagen das Preisgericht zur Entscheidung über den Kompositions-Wettbewerb in Paris zusammen. Die unter dem Vorsitz von Gabriel Pierné tagende Jury, der Arthur Honegger und Florent Schmitt angehörten, sprach den Preis in Höhe von 5000 Francs einstimmig dem Komponisten Emend Bonna für seine „Suite über die Notkerische Sequenz: Media vita“ zu.

Die musikalischen Goethefeiern sehen sich noch über die Sommermonate fort. Nach zehnjähriger Pause brachte Fritz Münch, der Direktor des Straßburger Konservatoriums, mit dem prächtigen Wilhelm-Chor Robert Schumanns „Szenen aus Goethes Faust“ zur Aufführung, die dank der hervorragenden Wiedergabe zu einem musikalischen Ereignis wurde. Die Engelschöre gelangen in überwältigender Schönheit. Unter den Solisten feierte die Amsterdamer Sopranistin Jo Vincent berechnete Triumphe.

Der Straßburger Komponist Monseigneur, der Mitglied des Städtischen Orchesters und Leiter der Philharmonischen Konzerte ist, erhielt zum sechsten Mal den Kompositionspreis der Touraine. Eine neue Orchesterbüchse des Komponisten „La grande certitude“ gelangt in den Sinfoniekonzerten in der kommenden Saison unter Paul Bastide zur Aufführung.

— 700 Jahre „Unterlinden“ in Colmar. Colmar, die alte deutsche Reichsstadt im Elsaß, spielte in der Baukunst des Mittelalters neben Straßburg die führende Rolle. Die aus dem 13. Jahrhundert stammende prachtvolle gotische Martinskirche gibt von dem Aufstehen der Stadt zur Höhenzulagezeit ebenso Zeugnis, wie das Unterlinden-Kloster mit seinem berühmten Kreuzgang, das in diesen Tagen sein siebenhundertjähriges Bestehen feiert. Im Juni des Jahres 1232 wurde das Kloster gegründet. Jahrhundertlang diente es den Dominikanern als Stätte katholischer Gottesdienste, bis es 1792 durch die französische Revolution säkularisiert und zum Museum umgestaltet wurde. Mit seinen wertvollen wissenschaftlichen und Kunstsammlungen ist das Unterlinden-Museum bis auf den heutigen Tag eine Wallfahrtsstätte der Kunstfreunde aus aller Welt geblieben. Neben Grünewalds „Jenseitiger Altar“ und der „Madonna im Rosenhag“ von Martin Schongauer, des „Apelles von Colmar“, befinden sich hier römische, germanische und mittelalterliche Altertümer und eine wertvolle Kupferstichsammlung.

Ehrung eines Badenens. Der Ehrenvorsitzende des Landesvereins Badische Heimat, Freiburg i. Br. Professor Dr. Eugen Fischer, der vor wenigen Jahren als Direktor des Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institutes für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach Berlin berufen wurde, ist vor wenigen Tagen durch die Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte und zwar als Nachfolger von Geh. Rat Dr. Hans Birkow geehrt worden.

Wörterbuch der Mundarten Bayerns. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften bereitet die Herausgabe eines Wörterbuches der Mundarten Bayerns vor. Für das rechtsrheinische Bayern werden 900, für die links 200 Laut-, Wort- und Volkstunde-Karten angelegt.

Etwa 2 Millionen Fehlbetrag in Mannheim.

Mannheim, 28. Juni. Die Ablehnung des Etats 1932/33 durch den Stadtrat hatte befallig die Folge, daß eine Haushaltsberatung im Bürgerausschuß nicht stattfinden konnte. In Folge dessen übergab er der Presse ein Rückbild auf das Haushaltsjahr 1931/32. Es wird darin u. a. ausgeführt, daß der Personalaufwand um 27,3 Prozent gestiegen ist. Wöllig unzulänglich sei die finanzielle Hilfe gewesen, die Mannheim von Land und Reich zuteil wurde. Die Reichshilfe zu den Wohlfahrtslasten betrug für das ganze Haushaltsjahr 1931 nur 1 265 000 Mark. Noch schlechter sei die Stadt vom Land Baden behandelt worden. Aus dem Ausgleichsloos zur Unterstützung notleidender Gemeinden habe Mannheim seit dem Jahre 1920 keinen Pfennig bekommen, auch von dem badischen Anteil an dem 80 Millionenfond für 1931 nichts erhalten. Das Land habe dabei das allergrößte Interesse daran, daß die Stadt Mannheim flüssig bleibe. Die Gefahr größerer Kassenverwertigkeiten laufe sich nur bannen, wenn es gelinge, den Mannheimer Haushalt einzugemäßen in Ordnung zu halten. Der Bericht stellt abschließend fest, daß der Fehlbetrag heute auf 2 Millionen geschätzt wird.

Ueber 1 Million Fehlbetrag in Pforzheim.

Pforzheim, 28. Juni. Der im Februar fertiggestellte, damals ausgeglichene Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 (1. April 1932—31. März 1933), abschließend in Ausgaben mit 25 868 600 RM. (1930: 30 054 270 RM., 1931: 28 473 475 RM.), in Einnahmen mit 23 986 600 RM. (1930: 27 946 870 RM., 1931: 26 524 275 RM.) und mit einem Umlagebedarf von 1 882 000 RM. (72 Pfg. für je 100 Mark Steuerwert des Grundvermögens, 29 Pfg. für je 100 Mark Steuerwert des Betriebsvermögens und 432 Pfg. für je 100 Mark Gemeinbeitrag) ist vom Landesminister für unbeanstandet erklärt worden. Seit der Aufstellung des Planes hat sich aber die Finanzlage der Stadt dadurch ganz wesentlich verschlechtert, daß seitdem entstandene weitere ungedeckte Mehraufwand allein auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege auf das Jahr umgerechnet einen Betrag von 773 000 RM. ausmacht. Mit anderen Mehrausgaben und Einnahmeausfällen beträgt der ungedeckte Jahresfehlbetrag für 1932 voraussichtlich insgesamt 1 212 000 RM. Sobald nach Ablauf eines größeren Zeitraums des Rechnungsjahres nähermäßig genauer zu übersehen ist, in welchem Umfang sich dieser Fehlbetrag durch Einsparungen in der Gesamterhaltung und durch Zuschüsse des Reiches in Form der Wohlfahrtsbeihilfe gegebenenfalls noch herabmindern läßt, wird den hiesigen Kollegen Gelegenheit zur Beschlussempfehlung wegen Deckung des Gesamtfehlbetrages gegeben werden.

Waldshut, 27. Juni. (Schwierige Finanzlage.) Der Bürgerausschuß Waldshut trat am Freitag zum erstenmal unter dem Vorsitz des neuen Bürgermeisters Wild zu einer Sitzung zusammen. Bürgermeister Wild benützte die Gelegenheit, um über die Finanzlage der Stadt Waldshut zu sprechen. Die Finanzlage der Stadt ist schwierig und erfordert äußerste Sparmaßnahmen. Der Voranschlag 1932/33 werde nur das enthalten, was man notwendig brauche. Die Not erfordere, daß sich die ganze Einwohnerschaft Beschränkungen in ihren Wünschen und Forderungen an die Gemeinde auferlege. Sie erfordere weiter einträchtiges Zusammenarbeiten, um die Not zu überwinden und den Frieden in der Gemeinde zu wahren. Der Bürgerausschuß selbst befähigt sich sodann mit einer Reihe von kleineren Vorlagen, meistens Grundstücksveräußerungen.

Der Lohnstreik in der badischen Textilindustrie

Vörsach, 28. Juni. Nach Bekanntwerden der Kündigungsmaßnahmen in der badischen Textilindustrie haben die Gewerkschaften jetzt die Schlichtungsausschüsse angefordert. Es ist angeht, diese Lage damit zu regeln, daß der Landesbeschlichter erneut in den Lohnstreik eingreift.

Mühle abgebrannt.

Niesern bei Pforzheim, 28. Juni. Die Kirnbach-Mühle des Mühlenbesizers Viktor Gregel am Ortsausgang nach Delschbrunn ist gestern nacht bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Den Flammen fielen auch das Wohnhaus und die Nebengebäude restlos zum Opfer. Der Schaden ist sehr bedeutend und wird auf 50 000 bis 60 000 RM. geschätzt. Er ist allerdings durch Versicherung gedeckt. Die Mühle war erst vor etwa zwei Monaten in Betrieb genommen worden. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Dettingen, Amt Konstanz, 28. Juni. Am Montagmorgen kurz nach 4 Uhr ist das Wohn- und Defonomiegebäude des Landwirts Wilhelm Herrmann bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Auch ein Teil der Fahrnisse und die Futtermittel fielen den Flammen zum Opfer. Der Brand entstand durch einen Rauchfessel. Der Schaden beläuft sich auf 8000—10 000 RM.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufbefehle usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.
Kraft Gesetzes tritt auf den 1. Oktober d. J. in den dauernden Ruhestand: Professor Fritz Volz, an der Kunstgewerkschule in Pforzheim. In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Kreisoberstudienrat Stefan G. Bödler in Freiburg, Kreisstudienrat Karl Gillingner in Waldshut, Studienrat Karl G. Bödler in Mannheim.
Beförderungen: Hauptlehrer Karl Ernst in Wolfsh. —
Aus dem Bereich des Staatsministeriums.
Versetzt: Kreisassistentin Johanna Rudolph beim Landgericht Karlsruhe zum Staatsministerium.
Finanzministerium:
— Wasser- und Straßenbaudirektion. —
Planmäßig angesetzt: Die Straßenwärter Emil K. K. K. in Badnau und Gustav K. K. K. in Mühlheim.
In den Ruhestand treten kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze: Schiffsführer Gerhard Krauer in Gießen, Straßenwärter Jakob G. G. G. in Karlsruhe und Straßenwärter Josef K. K. K. in Donaueschingen.
Beförderungen: Wasserbauarbeiter Josef Wittmann in Aberg, Straßenwärter Heinrich Schmitt in Pforzheim, Straßenwärter a. D. Johann K. K. K. in Eberbach und Straßenwärter a. D. Johann K. K. K. in Eberbach.

Ein Dorf in Aufruhr.

Steinhagen und Schiffe gegen die Polizei. — Fünf Schwerverletzte.

Begen einer Zwangsversteigerung.

Pforzheim, 28. Juni. Zu einem regelrechten Bauernaufstand kam es im Laufe des Montag in der benachbarten etwa 1200 Einwohner zählenden Gemeinde Göbbrichen. Den Anlaß dazu bot eine Zwangsversteigerung, die im Auftrage der Pforzheimer Justizstelle bei dem Landwirt Karl Hoffmann zur Versteigerung von Grundbuchkosten vorgenommen werden sollte. Der Gerichtsvollzieher wollte ein junges Rind versteigern und hatte einen Pforzheimer Metzgermeister gleich als Steigerer mitgebracht.

Auf der Hauptstraße vor dem Hause des Landwirts hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt, die bei dem ersten Gebot des Steigerers von 24—28 RM. für das fünf Zentner schwere Tier, das tatsächlich einen Wert von 140 bis 150 RM. hat, in Erregung geriet. Da die Menge eine bedrohliche Haltung gegen den Metzgermeister annahm, alarmierte der anwesende Gendarmenbeamte den Pforzheimer Notruf. Darauf trafen vier Polizeibeamte aus Pforzheim ein, die den Landwirt, seinen Sohn und einige Demonstranten verhafteten und in Ortsarrest abführten. Inzwischen war dem Landwirt von anderer Seite Geld vorgestreckt worden, um die Versteigerung zu verhüten, und die Menge verließ sich wieder.

Als jedoch im Ort das Gerücht auftauchte, die verhafteten sieben Personen sollten nach Pforzheim gebracht werden, rottete sich gegen Abend eine größere Menschenmenge vor dem Rathaus, wo sich die Verhafteten befanden, zusammen und machte Miene, das Gebäude zu stürmen. Ein um 9 Uhr abends eintreffender Bereitschaftswagen der Pforzheimer Polizei wurde mit Steinen und Holzstücken beworfen und es kam zu einem regelrechten

Sturm auf das Rathausgebäude, wobei die Fenster Scheiben und auch Dachziegel zertrümmert wurden. Die Polizei war gegen die Menge machtlos und mußte unerrichteter Sache wieder zurückgezogen werden. Mittlerweile hatten die Dorfbewohner den Ortseingang und die Hauptstraße mit Heuwagen verbarrikadiert und ein um 10 Uhr abends eintreffendes starkes Schußpolizeiaufgebot wurde erneut mit einem Hagel von Steinen, Holzstücken und Brettern empfangen.

Plötzlich fielen auch Schüsse. Die Beamten machten daraufhin gleichfalls von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein 62 Jahre alter Landwirt durch einen Schulters-

schuß schwer und vier weitere Personen, darunter eine ältere Frau leicht verletzt wurden. Auch verschiedene Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt.

Schließlich gelang es der Polizei, die Straße zu räumen, worauf die Beamten vor dem Rathaus vorzudringen, die Verhafteten mitzunehmen und in rascher Fahrt das Dorf am unteren Ausgang verlassen. Am heutigen Dienstag-Vormittag traf dann die Pforzheimer Staatsanwaltschaft mit zwei Bereitschaftswagen Schußpolizei und Gendarmen in Göbbrichen ein. Die mit Karabinern ausgerüsteten Beamten besetzten sämtliche Straßen und Ortsausgänge und nahmen eine eingehende Durchsuchung nach Waffen vor, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Die Frage, von welcher Seite die ersten Schüsse gefallen sind, bedarf noch der Klärung. Der schwerverletzte Landwirt mußte ins Krankenhaus nach Pforzheim eingeliefert werden. Auch von den anderen Verletzten dürften noch einige Aufnahme im Krankenhaus finden müssen. Göbbrichen ist eine verhältnismäßig arme Gemeinde, die über hundert Arbeitslose und eine größere Zahl Wohlfahrts-erwerbsloser zu unterstützen hat.

Zur Saalschlacht in Ketsch

wird noch bekannt, daß insgesamt 32 Personen verletzt worden sind, darunter 11 Nationalsozialisten und 21 Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Verletzungen sind teils schwer. Einem Schweißger wurde u. a. der rechte Unterarm abgehauen. Die NSD. und die SPD. Ketsch hatten auf die Ankündigung einer nationalsozialistischen Versammlung eine antifaschistische Einheitsfront gebildet und in einem Flugblatt zum Kampf gegen den Faschismus aufgerufen. Die Vorgänge haben in der Ketscher Bevölkerung größte Erregung hervorgerufen.

Ketsch, 28. Juni. (Saalschlacht.) Anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung, zu der sich auch politische Gegner eingefunden hatten, kam es am Montag abend zu einer wilden Saalschlacht zwischen den im Saale befindlichen Nationalsozialisten und den von außen in den Saal eindringenden Reichsbannerleuten und Kommunisten, die die am Saaleingang postierten Gendarmenbeamten einfach über den Haufen rannten. Erst als drei Bereitschaftswagen der Ketscher Schußpolizei eintrafen und mit dem Gummiknüppel aufräumten, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Auf Seiten der Nationalsozialisten wie ihrer Gegner gab es mehrere Verletzte.

Nachrichten aus dem Lande.

Hardheim (Amt Buchen), 25. Juni. (Sommerfestzug.) Am Sonntag, den 19. Juni, wurde in Hardheim der diesjährige Sommerfestzug abgehalten. Am Vorabend wurde die Feier durch einen Fackel- und Lampenzug der Kinder eingeleitet. Der eigentliche Festtag war von schönstem Wetter begünstigt und dadurch der Zuzug der Bevölkerung aus der näheren Umgebung sehr groß. Das Festprogramm hatte 50 Nummern. In dem Zug waren 20 größere Gruppen mit Pferdebespannung vertreten, was schon allein zeigt, mit welcher Begeisterung der Festtag vorbereitet wurde. Alle Gruppen waren schon durchgearbeitet, sodass man von einem sehr gut gelungenen Festzug sprechen kann, der sich trotz der Ungunst der Verhältnisse würdig an diejenigen der beiden Vorjahre anreihen kann. Viel Bewunderung fanden „Der Osterhase im Krauttopf“, Weißner Porzellan, die Jugendfeuerwehr, Schmetterlinge, Gänseleien, Kofolo, Flieger, Zeppelin-Luftschiff, Holländer Windmühle, Heidenröslein, Mühle im Schwarzwald, Lorte, Gambrinus, Himmelsweise und viele andere. Den Schluß des Festzuges bildete eine Jugendgruppe mit Wagen. Mit einem großen Feuerwerk am Abend fand das Fest seinen Abschluß. Leiter des Festes war Herr Hugo Friedrich.

Korbach (Murgtal), 27. Juni. (Enttäuschte Auswanderer kehren zurück.) Fünf junge Männer von hier wanderten vor zwei Monaten nach Argentinien aus, um, wie sie sicher hofften, dort bei einem großen Bau, den eine deutsche Baufirma ausführt, Arbeit und Brot zu finden. Diese fünf mutigen Leute wurden schwer enttäuscht. Als sie an Ort und Stelle anlangen, mußten sie erfahren, daß für sie keine Stelle mehr übrig sei. Auch sonstwo fanden sie keine Arbeit. Dieser Tage kehrten sie nun wieder in ihr Heimatdorf zurück. Also auch über dem großen Wasser sind die Arbeitsmöglichkeiten selten geworden.

Bad Peterstal, 27. Juni. (Patroziniumsfeier.) Am Mittwoch, den 29. Juni, hat Bad Peterstal seinen großen Tag. Es feiert das Patroziniumsfest Peter und Paul. Nach dem Hochamt findet eine feierliche Prozession statt, an der sich die bekannte Bürgermilitz in ihrer schmutzen Uniform mit Trommlerkorps und Musikkapelle beteiligt. Schon morgens um 6 Uhr wird von den Trommlern in den Straßen der Gemeinde zum Westruf getrommelt. Die aus alter Zeit stammende Feier lockt jedes Jahr von nah und fern große Mengen von Zuschauern an.

Offenburg, 25. Juni. Nach langem schweren Leiden ist Stadtgarteninspektor Karl Soell im Alter von 57 Jahren gestorben. Karl Soell war 33 Jahre lang in Offenburg tätig und hat sich um die Errichtung und Ausgestaltung der gärtnerischen Anlagen der Stadt große Verdienste erworben.

Griesheim (Amt Lahr), 28. Juni. Gestern abend hat sich ein 59 Jahre alter, verwitweter Landwirt erhängt. Er war schon längere Zeit schwer krank. Vor drei Jahren ist seine Schwester auf die gleiche Weise aus dem Leben geschieden.

Kingsheim (Amt Lahr), 28. Juni. Gestern mittag hat sich der 25 Jahre alte, schwerranke Dienstknecht Hoffstetter vom Schnellzug überfahren lassen. Der Körper wurde mitten durchgeschnitten. Hoffstetter war sofort tot.

Ettenheim, 29. Juni. Frau Karl Haberer Wwe., geb. Stricker, kann heute ihren 85. Geburtstag feiern.

Göggingen (Amt Neßkirch), 28. Juni. (Töblicher Autounfall.) Das sechsjährige Töchterchen des Landwirts Anton Jäger sprang beim Spielen auf der Straße am Samstag abend vor ein Auto und wurde von dem Wagen zur Seite geschleudert. Es erlitt schwere Gehirnverletzungen, an deren Folgen es bald darauf verstarb.

Konstanz, 28. Juni. (Beim Baden ertrunken.) Am Dienstag vormittag ertrank in Allensbach bei Radolfzell der 17 Jahre alte Sohn des Direktors Ross, als er vor dem Schulgang in der Nähe der elterlichen Wohnung im See ein Bad nehmen wollte. Die Leiche wurde in der Nähe des Ufers aufgefunden.

Märkte in Baden.

Ettingen, 28. Juni. Schweinemarkt. Zutrieb 66 Ferkel, 60 Käufer; verkauft 42 bez. 36. Preise: Ferkel 18—26, Käufer 29—36 RM. je Paar. Verkehr langsam. Nächster Markt 6. Juli.

Pforzheim, 27. Juni. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 588 Tiere und zwar: 5 Ochsen, 9 Kühe, 59 Rinder, 27 Ferkel, 51 Kälber und 437 Schweine. Marktverlauf: mäßig, belebt. Ueberstand: 13 Stück Großvieh, 68 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a) 33—35, b) 27—30, Ferkel a) 27, b) c) 25—23, Kühe a) 24, b) und c) 20—12, Rinder a) 37—38, b) 33—35, Kälber b) 38—40, c) 34—36, Schweine b) 46—47, c) 45—47, d) 43—45.

Freiburg, 27. Juni. (Schlachtvieh.) Zutrieb 22 Ochsen und 31 Rinder: a) 32—34, b) 27—32, c) 25—27 Rpf.; 17 Ferkel: b) 24—26, c) 22—24 Rpf.; 11 Kühe: b) 18—20, c) 16—18, d) 14—16 Rpf.; 190 Kälber: b) 36—39, c) 34—36, d) 28—32; 420 Schweine: b) 36—38, c) 38—42, d) 42—45 Rpf.; 18 Schafe: b) 30—34, c) 26—28 Rpf. Tendenz: Großvieh und Kälber bei starkem Auftrieb langsam, Schweine belebter. Ueberstand bei Großvieh.

Bühl, 27. Juni. (Schweinemarkt.) Aufgetrieben 333 Ferkel, 20 Käufer Schweine. Verkauft wurden 283 Ferkel und 16 Käufer Schweine. Der niedrigste Preis für Ferkel war 15, der mittlere 30 und der höchste Preis 45 RM.; für Käufer Schweine war der niedrigste Preis 50 und der höchste Preis 70 RM. das Paar.

Badische Obst-Großmärkte.

Offenburg, 27. Juni. Kirshen 7—14 Erdbeeren 22—25, Johannisbeeren 14, Heidelbeeren 30 Pfg. je Pfund.

Orienberg, 27. Juni. Kirshen 8—20, Erdbeeren 18—25, Stachelbeeren 15—20 Pfg. je Pfund.

Oberkirch, 27. Juni. Erdbeeren 20—28, Kirshen 6—18, Heidelbeeren 35 Pfg. je Pfund.

Untergrombach (Amt Bruchsal), 28. Juni. (Kirshenmarkt.) Die Gemeinde Untergrombach eröffnet am Mittwoch, den 29. Juni, einen Kirshenmarkt. Es darf nur gute Ware angeführt werden. Da die Untergrombacher und Obergrombacher Kirshen als Marktware bekannt sind, ist ein lebhafter Verkauf zu erwarten.

CLUB ist nicht

für Bilder-Sammler, sondern für Qualitäts-Raucher bestimmt, denn echt macedonische Tabake sind so teuer, aber auch so gut, daß »Zugaben« (?) weder möglich noch notwendig sind.



Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 29. Juni 1932.

Die neue Salzsteuer.

Die durch die letzte Notverordnung bekanntlich wieder eingeführte Salzsteuer tritt am 16. Juli in Kraft. Sie beträgt 12 Rpf. für ein Kilogramm und wird beim Salzwerk erhoben. Steuerpflichtig ist nur das Speisesalz. Salz zu gewerblichen Zwecken bleibt wie früher steuerfrei. Zur Ausfuhr bestimmtes Salz ist ebenfalls von der Steuer befreit. Für solches können Ausfuhrlager eingerichtet werden und zwar können diese schon jetzt bei den Zollstellen beantragt werden, damit bereits am 16. Juli vorhanden sind. Die früheren Zollsteuerlager sind beseitigt. Die Steuerüberwachung der Salzwerke beschränkt sich lediglich auf eine Buchkontrolle. Die ständige Überwachung der Salzwerke durch Steuerbeamte wie sie in der Vorkriegszeit bestand, ist also nicht wieder eingeführt.

Für das am 16. Juli außerhalb der Salzwerke vorhandene Salz ist eine Nachsteuer vorgesehen. Von der Anmeldung dieser Salzmen gen, die bis zum 23. Juli zu erstatten ist, sind nur befreit Salzhand ler, wenn sie nicht mehr als vier Zentner und andere Personen (also Privathaushaltungen, Gastwirtschaften, Kantinen, industrielle Be triebe usw.), wenn sie nicht mehr als einen Zentner Salz in Besitz haben.

Vermögenssteuer 1932.

Der Reichsfinanzminister über Billigkeitsmaßnahmen.

Der Reichsfinanzminister hat über Billigkeitsmaßnahmen auf dem Gebiete der Vermögenssteuer einen Erlass herausgegeben. Es wird darauf hingewiesen, daß Härten, die bei größerem Vermögensrückgang trotz des 20prozentigen Steuerabzuges im Hinblick auf den Ausschluß der Neueranlagung sich ergeben könnten, grundsätzlich in Kauf genommen werden müßten. Wo sich aber infolge ganz außerordent lichen Vermögensverlusts (z. B. bei Verlust des überwiegenden Teiles des Vermögens) untragbare Härten ergeben, sei im Billigkeits wege Abhilfe zu schaffen. Von mehreren Seiten war ange fragt worden, ob hiernach in den Fällen, in denen ein Verlust des überwiegenden Teiles des Vermögens eingetreten sei, stets ein Billigkeitserlass zu gewähren sei. Das ist nicht der Fall, vielmehr gilt auch hierfür die vom Reichsfinanzministerium in den allge meinen Richtlinien zur Anwendung des Billigkeitserlasses von Steuern schon gegebene allgemeine Anweisung, daß ein Steuererlass nur dann gerechtfertigt erscheine, wenn die Entrichtung der Steuer eine Gefährdung der wirtschaftlichen Lage des Steuerträgers zur Folge haben würde. Natürlich ist ein Billigkeitserlass auch in dem erwähnten Falle nicht ausgeschlossen, doch sind die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse des Pflichtigen, nicht nur die Ver mögenslage, dabei in Betracht zu ziehen. Mit Rücksicht darauf, daß bereits ein allgemeiner 20prozentiger Vermögensabzugs gewährt worden ist und im Hinblick auf den dadurch dem Reich entstehenden Ausfall soll ein strenger Maßstab angelegt werden, daß das Ver mögen des Pflichtigen bei einer Herabsetzung der Einheitswerte selbst oder bei einer Neueranlagung die Freigrenze von 20 000 Mark unterschritten haben würde.

Tierschutz. Vom Tierschutzverein Karlsruhe wird uns geschrieben: Zur Zeit befindet sich die einzige Tötungsstelle beim Wägen meister, Schlachthofstraße. Das zukünftige Tierheim ist noch nicht eröffnet. Es können daher vorläufig noch keine Tiere am Freitag aufgenommen oder getötet werden. Die Eröffnung wird noch bekannt gegeben. Bei den Umzügen im Juli wird gebeten, auf die Tiere zu achten. Ragen müssen in der neuen Wohnung mindestens eine Woche eingesperrt werden, bevor man sie ins Freie lassen kann. Der Hundeschläger wegen achte man besonders auf die Hunde. Ueberzählige Tiere lasse man beim Wägenmeister schmerzlos töten, jeden Nachmittag von 2-6 Uhr mit Ausnahme von Samstag und Sonntag.

Auslands-Postverkehr. Es wird erneut dringend davor ge warnt, in Warenproben nach dem T a n g a n j i k a - G e b i e t (frühere deutsches Schutzgebiet Ostafrika) Gegenstände von Handelswert aufzunehmen. Die Sendungen werden dort streng geprüft und, wenn sie etwas anderes als wirkliche Muster enthalten, mit hohen Nachgebühren belegt. Namentlich werden kleine Geschenke, wie Schokolade, Konfekt und andere Süßwaren, Strümpfe, Handschuhe usw., die nicht zur Bemusterung dienen, beanstandet. Päckchen sind ebenfalls nicht zugelassen. Abgesehen von Drucksachen können Ge genstände von Handelswert nur in Paketen verpackt werden oder in Briefen, die dann mit dem grünen Zettel „Zoll“ versehen sein müssen. — Nach P a r a g u a y sind Briefe mit zollpflichtigem In halt nicht mehr zugelassen.

Reichsverband kath. kaufm. Gehilfen und Beamtinnen, Ver ein St. Hildegardis, Karlsruhe-Df. Es war durchaus kein Aßtißig aus bisher erreichter Höhe künstlerischer Gestaltung seiner Feste, wenn der Verein am vergangenen Sonntag abend zu einem P o l s k i e d e r a b e n d geladen hatte. Des Volkes Reichtum ist kein Lied. Man spürte wahrhaftig die Quellen lauterer Volkstums aus all den lieben Darbietungen sprudeln. Das Singen vom Lebensbrün nen und vom Mutterglück, vom Morgenstern hin über Menschen freud und Menschenleid bis zum Abendgesang, war durchweht von sinnigen lebenden Bildern nach Richter, ein herziger Kinderreigen besetzte den Spielmann und liebe alle Volksstänze redeten eine Sprache von dem Schönen, das im Volke schlummert muß, denn all diese Dinge kamen ja heraus aus dem Volke und sind von ihm ge staltet. Und wer um all den verborgenen Reichtum im Volkslied bis jetzt noch nichts gewußt hatte, der muß es herausgepörrt haben aus den Worten eines priesterlichen Jugendführers, der es weiß, weil er mitten heraustritt aus einer Jugend, die mit erstem Wollen den Mut hat, sich mit dem Leben auseinanderzusetzen und die deshalb das Volkslied pflegt, um es dem Volke zu erhalten. Es darf nicht unerwähnt sein, daß erste Künstlerinnen, Geigen und Fröie für diesen Abend zur Verfügung gestellt hatten. Herzlichen Dank all den Gestaltern, deren große Mühe sich reichlich lohnte. Sch.

Clubkampf Technische Hochschule — F.C. Phönix. Die Technische Hochschule veranstaltet, wie im letzten Sommersemester, jeden Mitt woch abend einen Klubkampf gegen bürgerliche Vereine der D.A. und der D.S.B. Bisher fanden 2 solcher Veranstaltungen statt, gegen den Karlsruher Fußballverein und den Männerturnverein Karlsruhe, von denen die Techn. Hochschule ersteren gewann. Am M i t t w o c h , d e n 2 9 . J u n i , 1 8 . 3 0 U h r , hat nun die Techn. Hoch schule den Fußballclub Phönix zu einem leistungsl. Wettkampf ver pflichtet. Es steht zu erwarten, daß bei der bekannten guten Be legung des F.C. Phönix und der Techn. Hochschule ein spannender Kampf zu Stande kommt, der alle Zuschauer befriedigen wird. Ein tritt frei!

Der Gesangsverein „Frohinn“ Karlsruhe-Bulach singt am kommenden Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 13.15-14 Uhr unter Leitung seines bewährten Chormeisters, Herrn Fr. Linnebach, in der Stunde des Chorgesangs am S ü d d e u t s c h e n R u n d p a n t .

Promenadenkonzert. Die Badische Polizeikapelle veranstaltet am M i t t w o c h , d e n 2 9 . J u n i , nachmittags von 17.30-18.30 Uhr auf dem Stephansplatz ein Promenadenkonzert unter der Stabführung von Korpsführer Rostenitz.

Einen Schwächling erlitt Montag nachmittag am Durlacher Tor ein 77jähriger Schausteller; er wurde auf die Polizeiwache Durlacher Tor verbracht, von wo er durch zwei Schwestern des Städt. Altersheims abgeholt wurde.

Badener! Helft unseren Kindern! Helft zum Ausverkauf der 50 Pfg.-Lose „Wir wollen helfen!“ Betriebszeit verlängert bis zum 18. Juli 1932.

Vor dem neuen Umzugstermin . . .

Wieder einmal steht ein Umzugstermin vor der Tür, wieder einmal bewegen sich die schweren Umzüge, die Möbelgefährte, durch die Straßen der Stadt. Schon seit Tagen wird da und dort ein- und ausgeladen. Diese „Verladearbeit“ mußte diesmal bemerksamerweise bisweilen unter „polizeilichem Schutze“ vor sich gehen; denn, wie bereits gemeldet wurde, versuchten streifende Möbeltransporteure die arbeitenden Kollegen gewaltsam an ihrer Tätigkeit zu hindern. Diefem terroristischen Spud bereitete jedoch die Polizei jeweils ein rasches Ende.

Wie gestaltet sich nun diesmal der Umzugstermin des 1. Juli? Soweit wir in Erfahrung bringen konnten, sind wesentlich weniger Umzüge zu erwarten, als zum 1. April. Immerhin hat sich die Tendenz des Wechsels von Inhabern größerer Wohnungen in kleinere weiterhin verschärft. Dazu zwang die sich noch gesteigerte wirtschaftliche Not.

Zum ersten Juli werden deshalb noch mehr Großwohnungen leer stehen, als zuvor und selbst die Nachfrage nach 4 Zimmerwohnungen wird erheblich nachlassen, da sich bisherige Mieter von 4 Zimmerwohnungen wohl oder übel mit 3- oder 2 Zimmerwohnungen begnügen müssen. Infolgedessen sind vor allem in Neubauwohnungen die Preise für Großwohnungen in weitem Abgleiten begriffen, während sich Wohnungen von 2 und 3 Zimmer im Preise halten.

Die Zahl leerstehender Willen oder großer Räume in Landhäusern ist gleichfalls gewachsen.

Die Nachfrage nach Geschäftsräumen

ist gering geblieben. Zum Quartalswechsel wird gerade wieder auf dem Markte der Geschäftsräume die nicht mehr abebbende Welle der „Veränderungen“, die teils freiwillig, teils gezwungen bedingt ist, erneut aufleben. Relativ weitere Nachfrage besteht für Ladenlokale in sehr guter „Laufgegend“, wobei die westliche Kaiserstraße bei weitem bevorzugt wird. Doch auch hier sind die Vermieter geneigt, die bisher geforderten Mietpreise abermals zu senken, wenn auch zu

gegeben werden muß, daß die für Ladenlokale in der Kaiserstraße verlangten und auch im Durchschnitt gewährten Mietpreise in keinem Verhältnis zu jenen der Ladenlokale der Neben-, Seitenstraßen und abgelegenen Plätze besteht. Während die Mietpreise in den Hauptgeschäftsstellen nach wie vor sich über dem Friedensstand halten, haben sie diesen in den Nebenstraßen erheblich, z. T. bis zu 50 Prozent unterschritten! Dabei zu beachten ist, daß die Abgaben der Hausbesitzer ungleich höher bleiben, wie vor dem Kriege.

Um ihre Lokalitäten, seien es nun Läden oder Lagerräume, bzw. Magazine, überhaupt zu vermieten, waren viele Vermieter gezwungen,

eine Teilung der Räume

vorzunehmen. Gewöhnlich wurden aus einem großen Ladenlokal durch Ziehen von Bretter- oder Gipswänden und Schaffung eines neuen Eingangs zwei oder in vereinzelt Fällen sogar drei Kleinläden erstellt, die zu entsprechend niedrigen Mietpreisen in der ersten Instanz fanden. Dem Vermieter sind naturgemäß von vornherein beachtliche Ausgaben durch derlei erforderliche Umbauten erwachsen.

Auch zu einer Teilung von Großwohnungen

hat man sich mehrfach entschlossen. Eine solche bereitet jedoch des öfteren hauptzeitliche Schwierigkeiten und ist gemeist mit beträchtlichem finanziellen Aufwand verknüpft. Nicht leichten Herzens wird daher der Hausbesitzer aus 8 oder 6 Zimmerwohnungen die Umwandlung in die noch immer begehrten 2 Zimmerwohnungen durchzuführen lassen; denn er geht hierbei ein nicht zu unterschätzendes Risiko ein.

Zusammenfassend wäre festzustellen, daß der Wohnungsmarkt auch zu diesem Quartalstermin noch keineswegs zu Ruhe gekommen ist und nach wie vor das Angebot gegenüber der Nachfrage nach Wohnungen, Läden, Magazine und Garagen überwiegt. Aus diesem Grunde erhält sich auch der verhältnismäßig lebhafteste „Wohlfel“ bezug das Bestreben „umzugehen“ und scheinbar überbezahlte Räumlichkeiten gegen billige „einzutauschen“.

Die Erhaltung des Neuhausbesitzes.

Am 28. ds. Mis. fand die Hauptversammlung der Vereinigung der Neuhausbesitzer Karlsruhe und Umgebung statt, welche sich eines sehr guten Besuchs erfreute und einen lebhaften Gedankenaustausch zu den brennenden Fragen der Erhaltung des Neuhausbesitzes vermitteln konnte. Aus den Kreisen der Teilnehmer wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Der enge Zusammenschluß der Neuhausbesitzer erfolgte zur gemeinsamen Wahrung der Rechte, welche aus den von Staat und Gemeinden übernommenen Pflichten für den Wohnungsbau hergeleitet werden müssen. Nachdem sich die behördliche Förderung des Wohnungsbau in dem vorgekommenen Maße als ein Fehlschlag herausgestellt hat, indem weit über Bedarf teure Wohnungen hergestellt wurden, welche infolge der sozialen Not nicht zu vermieten sind, will von den Verpflichtungen niemand mehr etwas wissen.

Die wirtschaftliche Lage der Neuhausbesitzer wird täglich kritischer. Es wird ihnen zugemutet, die letzten Reserven herauszugeben, um die Zins- und Tilgungslasten zu bezahlen, ohne daß Klarheit darüber geschaffen wird, was geschehen soll, wenn sie eines Tages nicht mehr können. Sollte dann der Besitz nicht zu halten sein, so sind die ganzen Opfer umsonst gemeldet.

Bis jetzt ist die Krisenüberbrückung auf Kosten des Privatvermögens und der Lebenshaltung der Neuhausbesitzer gegangen, wenn die Zins-, Tilgungs- und Unterhaltskosten nicht herauszuwickeln waren, was bei dem weitaus größten Teil der Neuhausbesitzer der Fall ist.

Es muß nun der Erlass des in Anlehnung an das Döblichgesetz entworfenen Sicherungsgesetzes für den Neuhausbesitz schnellstens gefordert werden und der wirklich dringende Abbau der Lasten.

Die ungeklärten Forderungen für die Baudarlehen usw., welche jetzt wieder bekannt gegeben wurden, haben allerseits Betremden erregt und gereizt, daß weitaus größere Anstrengungen gemacht werden müssen, um den verantwortlichen Stellen in Staat und Gemeinden zum Bewußtsein zu bringen, wie es um den Neuhausbesitz steht, und daß es ihre Pflicht ist, weiteren Schäden zu verhüten.

Die Baudarlehen und dergl. wurden an Stelle zweiter Hypotheken gestiftet, damit diese im Falle von Veräußerung der Häuser auf jeden Fall gesichert waren und bei der Bewirtschaftung unbedingt berücksichtigt werden mußten. Nachdem sich die Finanzierung des Neuhausbaues durch die Veränderung der Wirtschaftslage als ungenügend und den Bedarfsverhältnissen nicht entsprechend erwiesen hat, darf nun nicht gegen Treu und Glauben verstoßen werden, indem man die bevorzugte Sicherung der öffentlichen Darlehen dazu benutzt, um den in Not geratenen Neuhausbesitzern den Hals abzuschneiden.

Ganz unverständlich ist es, daß dem Neuhausbesitz nicht die gleichen Rechte und die gleiche Hilfe zugesprochen wird, wie dem Altbesitz im Falle, daß sich die Lasten und Unterhaltskosten herauswirtschaften lassen. Dem Altbesitz wird gebolfen durch Nachlaß der Gebäudebesondersteuer, der Neuhausbesitzer muß bis jetzt drauflegen.

Nachdem die Lage des Neuhausbesitzes durch eine Anzahl von Katastrophen und die unermüdlige Tätigkeit der Vereinigungen in Stadt, Land und Reich endlich soweit erkannt wurde, daß man um eine Hilfsaktion nicht mehr herumkam, sind jetzt die Richtlinien für die Stützung des Neuhausbesitzes herausgekommen. Es ist zu hoffen, daß diese solcher Art gehandhabt werden, daß eine wirksame Hilfe in den wirklichen Notfällen daraus hervorsteht. Die Vereinigungen müssen es sich angelegen sein lassen, das ihre dazu zu tun.

Die inneren Angelegenheiten der Vereinigung fanden ihre sachgemäße Erledigung. Dem Vorstand wurde für das Berichtsjahr 1931 Entlastung erteilt, die Herren des Vorstandes, welche nach den Sitzungen zur Hälfte auszuweichen hatten, wurden wieder gewählt bis auf den Rechner, welches Amt man einem Bankfachmann Herrn Günther übertrug.

Mit Befriedigung konnte der erste Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Dr. W a e r t h e r , die Verammlung schließen, nachdem man dem gesamten Vorstand und besonders Herrn Dr. Waerther für die aufopfernde, erfolgreiche und noch viel erfolgversprechende Tätigkeit allerseits lebhaft gedankt hatte.

Arbeitsbeschaffung durch freiwill. Arbeitsdienst.

Vortragsabend der Ortsgruppe Karlsruhe der Bad. Jungbhandwerker. Herr Dr. F. A. B r a n s p r a c h am siebenten Vortragsabend der Jungbhandwerker über das gegenwärtig stark im Vordergrund stehende Problem der „Arbeitsbeschaffung durch freiwilligen Arbeitsdienst“. Dieser freiwillige Arbeitsdienst ist von privaten Verbänden verschiedenorts eingeführt und befaßt sich fast allgemein nur mit Erdbewegungen, mit Arbeiten, für die heute die öffentliche Hand keine Mittel hat, die aber doch der Allgemeinheit irgendwie nutzbar sind. Der wesentliche Vorzug des freiwilligen Arbeitsdienstes ist der, daß er den jungen Leuten, die sich in ein solches Hilfswerk einordnen, Gelegenheit zur Arbeit und eine Gemeinschaft gibt, die sich auch in den Freizeiten in irgend einer Weise mitanfällig mit den jungen Leuten befaßt und in eine straffe Disziplinsform gefeilt ist. Der Hauptwert liegt also auf der ideellen Seite. Dem Redner dankte lebhafter Beifall.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Provisionsbetrug.

Im Karlsruhe, 28. Juni. Vor dem Karlsruher Schöffengericht hatte sich der 27 Jahre alte Provisionsvertreter Alfons H. aus Enzweieren wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Der bereits wiederholt vorbestrafte Angeklagte hatte als Reisender auf medizinische Bücher für eine Stuttgarter Verlagsfirma dieser mit dem Namen angegeblicher Verkäufer versehene Aufträge eingekauft und sich dafür Provision bezahlen lassen. Das Schöffengericht verurteilte den gefändigen Angeklagten im Sinne der Anklage zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Ein Prozeß um Favag-Aktien.

Die Kammer für Handelsachen befaßte sich seit längerer Zeit mit einem Komplex schwieriger Rechtsfragen, welche im Zusammenhang mit den Favag-Vorgängen stehen. Die Karlsruher Lebensversicherungsbank A.G. hat im Februar und März 1929 bei der Südwestdeutschen Bank A.G. Frankfurt a. M. getätigte Käufe von Favagaktien im Gesamtbetrage von 700 000 RM. angefordert und verlangte auf dem Wege der Widerklage den bezahlten Kaufwert in genannter Höhe zurück. Die Südwestdeutsche Bank ihrerseits klagte auf Bezahlung von 1000 Stück Favagaktien à 900 RM. gleich 900 000 RM., da diese von der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.G. im Juli 1929 fest gekauft, trotzdem aber nicht übernommen worden seien. Vom Gericht wurde ein Sühnetermin vorgeschlagen, in welchem der Komplex verhandelt werden sollte. Dieser kam aber nicht zustande, so daß die Entscheidung des Gerichts erfolgte. Unter Zurückweisung der Widerklage wurde die Karlsruher Lebensversicherungsbank in der am Dienstag verkündeten Entscheidung zur Zahlung verurteilt, die, wie das W.T.B. meldet, sofort Berufung eingelegt hat.

Blitzschuß.

Die hochsommerliche Wärme, die uns die zweite Hälfte dieses Monats ganz überraschend beschert hat, bedeutet für uns andererseits aber auch den Beginn der gewitterreichen Jahresperiode, die in ihren Begleiterscheinungen weniger angenehm ist. Es heißt jetzt nicht allein, darauf achten, daß man einem plötzlichen Regenüberfall unvorbereitet gegenübersteht, man lernt im Gegenteil den Regen selbst als das kleinere Übel einzuschätzen, wenn er aus Gewitterwolken auf uns herabströmt und wir kein schützendes Dach über uns haben.

Obwohl zwar für den Einzelnen die Gefahr, vom Blitze getroffen zu werden, äußerst gering ist, wird man trotzdem keinen Wert darauf legen, gerade zu diesen wenigen gezählt zu werden und namentlich im Freien vermeiden müssen, im Gewitter durch aufrechte Haltung dem Bliz eine willkommene Ableitung zu bieten. Wohl oder übel wird man ein vorübergehendes Nachgeben vorziehen und liegend das Abziehen des Gewitters zu erwarten gezwungen sein, und ebenjowenig rasch ist es bekanntlich, seine Haut unter dem Laubdach von Bäumen trocken zu erhalten. Blizschüsse Bäume gibt es ja nicht, wenn auch einige Arten weniger als wieder andere von Blizschlägen heimgesucht werden. Ebenso soll man sich möglichst aus der Nähe von gut leitenden anderen Dingen, Drahtgäulen, Telefonleitungen usw. halten.

Das feste Haus bietet ja an sich einen guten Schutz, wenn es mit einem Blizableiter versehen ist. Gleichwohl ist es nicht ratsam, im Fensterrahmen oder an der offenen Tür zu bleiben. Am zweckmäßigsten ist schon, man legt sich auch hier hin, um aus der vertikalen Richtung, die der Bliz auf seinem Wege bevorzugt, zu kommen. Nicht zu vergessen sind schließlich die Außenantennen. Sie müssen bei Gewittergefahr geerdet sein und bleiben. Bei einer guten, bis an das Grundwasser reichenden Erdung werden auch sie als Blizableiter wirken, andernfalls bedeuten sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr, die schon wiederholt die unangenehmsten Folgen gezeitigt hat.

Voranzeigen der Veranstalter.

Kaffee Bauer: Der Pianist der Kapelle Ernst Waller, Georg Trötschel im heutigen Mittwochskonzert Musikwissenschaftl. Wälder B.-Dur. Teil 2. Teil bringt moderne Unterhaltungsmusik.

Café Museum, heute Mittwoch Gesellschaftsabend im unteren Kaffee, Kapelle Juno, das hervortragende Tanz-Orchester.

Wohnhaus „Auff.“ Großer Abschieds-Abend findet am Donnerstag, den 30. Juni, von den zur Zeit amtierenden Kabarettkünstlern statt. (Siehe Anzeige).

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle: Frieda Schumann, geb. Mierlot, 55 Jahre alt, Ehefrau von Philipp Schumann, Architekt, Josef B u d e r e r , Seiler, 17 Jahre alt.

Stadtgarten-Restaurant • Garten-Terrasse eröffnet • Jeden Mittwoch u. Samstag abends von 21 bis 24 Uhr TANZ

